



## **Stellungnahme der Gewerkschaft der Polizei (GdP)**

zum Referentenentwurf des  
Bundesministeriums für Verkehr

**eines Gesetzes zur Änderung flaggen-, schiffsregister- und see-fische-  
reirechtlicher Vorschriften**

Berlin, 09.10.2025  
Abt.3, fb,jg

## I. - Vorbemerkungen

Als mit über 200.000 Mitgliedern größte Polizeigewerkschaft Deutschlands nimmt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Stellung zu Gesetzesvorhaben, die Auswirkungen auf den polizeilichen Arbeitsalltag haben. Vor diesem Hintergrund erlaubt sie sich, auch zum vorliegenden Referentenentwurf des Bundesministeriums für Verkehr Position zu beziehen.

## II. - Allgemein

Die GdP begrüßt die geplanten Änderungen der Flaggen- und Schiffsregister sowie see-fischereirechtlichen Vorschriften, da sie zu einer praxisgerechteren und moderneren Regelung beitragen. Besonders positiv hervorzuheben sind aus Sicht der GdP folgende Punkte:

- Durch die Möglichkeit der elektronischen Einsichtnahme in das Schiffsregister wird für Bürgerinnen und Bürger die gleiche Transparenz geschaffen wie bei einer Vor-Ort-Einsicht. Dies bedeutet mehr Nachvollziehbarkeit und weniger bürokratische Hürden. Transparenz und Gleichbehandlung werden so gefördert. Dennoch muss sichergestellt werden, dass durch die Möglichkeit der elektronischen Einsichtnahme nicht auch das Risiko des Missbrauchs personenbezogener Daten steigt.
- Der Entwurf leistet einen wichtigen Beitrag zur Vereinfachung von Verfahren, zur Digitalisierung und Entbürokratisierung sowie zur Modernisierung der Verwaltung. Dies entspricht dem Ziel einer effizienten, digitalen öffentlichen Verwaltung und erleichtert auch polizeiliche Recherchen.
- Die Anpassungen im Flaggenrechtsgesetz schaffen verständlichere und eindeutige Regelungen mit der Benennung klarere Zuständigkeiten: Dies erhöht die Rechtssicherheit für alle Beteiligten und vereinfacht auch die polizeiliche Arbeit im Bereich Schifffahrt und Seeverkehr.
- Der Erhalt der bisherigen Verwaltungspraxis im Bereich des Fischereirechts wird über eine moderne Vorschrift im Seefischereigesetz sichergestellt. Damit bleibt die Durchsetzbarkeit von Rechtsnormen auf einem rechtlich kohärenten Fundament gewährleistet.

Zusammenfassend wird das Vorhaben als Beitrag zu einem digitaleren, verständlicheren und bürokratieärmeren Staat begrüßt.